

presse

Programmsponsorings: Gleichbehandlung aller Sportarten

Zum geplanten Verbot von Programmsponsoring im neuen Rundfunkstaatsvertrag erklärt der sportpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Martin Gerster:

Die SPD appelliert an die Ministerpräsidenten der Länder, bei der geplanten Neuregelung des Programmsponsorings alle Sportarten gleich zu behandeln und nicht den Fußball zu begünstigen. Martin Gerster fordert, sich dem Votum der Sportministerkonferenz anzuschließen. Diese hatte ebenfalls darauf gedrungen, nationale und internationale Sportveranstaltungen vom Verbot des Programmsponsorings auszunehmen.

Die SPD-Bundestagsfraktion appelliert bei der heutigen Sportausschusssitzung an die Ministerpräsidenten der Länder, die geplante Neuregelung zum Verbot von Programmsponsoring im Sinne der Gleichbehandlung aller Sportarten zu verändern. Der Entwurf eines neuen Rundfunkstaatsvertrags sieht ein Verbot von Sponsoring nach 20 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen bei öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten vor. Ausgenommen werden davon nur die Olympischen Spiele sowie eine Reihe von Fußballübertragungen (Welt- und Europameisterschaften, DFB-Pokalfinale und alle Spiele der Deutschen Nationalmannschaft). Dies ist eine klare Benachteiligung anderer Sportarten, die ohnehin neben dem Fußball im Fernsehen nur Nischen besetzen können.

So könnte nach der angestrebten Regelung ein Freundschaftsspiel zwischen Deutschland und Liechtenstein mit Programmsponsoring übertragen werden,

eine Weltmeisterschaft der Leichtathletik, im Schwimmen, beim Skifahren oder Biathlon aber nicht. Auch die Paralympischen Spiele der Behinderten wären von diesem Verbot betroffen.

Damit droht vielen Sportarten erhebliche Gefahr. Denn ohne die Möglichkeit, die hohen Produktionskosten internationaler Sportereignisse durch Programmsponsoring zu refinanzieren, werden ARD und ZDF die Kosten auf die Verbände abwälzen. Dies wird aber für viele Verbände nicht zu finanzieren sein, so dass eine deutliche Verschlechterung des Sport-Programms in den öffentlich-rechtlichen Programmen die Folge wäre.

Daher fordert die SPD die Ministerpräsidenten auf, sich dem Votum der Sportministerkonferenz anzuschließen. Diese hatten bei der 34. Sportministerkonferenz der Länder am 4. und 5. November 2010 ebenfalls auf diese Probleme hingewiesen und angeregt, den einschlägigen Passus dahingehend zu verändern, dass vom Verbot des Programmsponsorings "national und international besonders bedeutsame Sportveranstaltungen" ausgenommen werden.